

Der unnötige Automatismus bei der Erhöhung der Kindergartenbeiträge

Tamm ist eine reiche Gemeinde; dies können alle Bürger sehen: Wir leisten uns großartige Bauwerke (Bahnhofsvorplatz, Bürgersaal, Rathausvorplatz, ...). Dies ist sicher zu begrüßen, da Tamm im Gegensatz zu vielen anderen Kommunen die entsprechenden finanziellen Möglichkeiten hat.

An anderer Stelle zeigt sich Tamm allerdings kleinlich – u.a. wenn es um die Erhöhung der Kindergartenbeiträge geht. In regelmäßigen Abständen wird der Gemeinderat von der Verwaltung mit der fast identischen Sitzungsvorlage beglückt, bei der die Erhöhung der Kindergartenbeiträge beantragt wird. Das reiche Tamm ist immer dann, wenn eine Empfehlung des Gemeindetages Baden-Württemberg, des Städtetages und der Kirchen ausgesprochen wird (alle zwei Jahre mit Erhöhungen für die nächsten beiden Jahre), schnell dabei, diese Empfehlung für Tamm umzusetzen.

In Zeiten, in denen von allen Parteien erkannt wurde, wie wichtig eine gute Kinderbetreuung ist, hält die SPD von diesem Automatismus gar nichts.

Dass dieser auch nicht unbedingt erforderlich ist, zeigt die Diskussion in Ludwigsburg, in der sich mehrere Fraktionen gegen eine Erhöhung der

Kindergartengebühren ausgesprochen haben. Gerade eine Gemeinde wie Tamm, der es finanziell gutgeht, sollte diese ständigen Erhöhungen nicht mitmachen, sondern sich zugunsten der Kinder und ihrer Eltern eher Gedanken über ein kostenloses Kindergartenjahr machen.

Sicher handelte es sich auch dieses Mal wieder nur „um ein paar Euro“, um die erhöht wurde. Wenn man aber die Zahlen von 2001 und 2007 vergleicht, kommt man zu dem Ergebnis, dass sich in diesen 6 Jahren die Gebühren bis zu 30 % erhöht haben (je nach Anzahl der Kinder in der Familie). In diesem Zeitraum ist das Einkommen der meisten Familien sicher nicht um 30 % gestiegen. Trotz des Plädoyers der SPD-Fraktion, Prioritäten zugunsten unserer Kinder zu setzen und auf die Erhöhung zu verzichten, konnten wir auch dieses Mal CDU und AWP nicht davon überzeugen, gegen die Erhöhung zu stimmen.

Schade, denn so hätten sie zeigen können, dass es sich bei der jetzt endlich auch von den konservativen Politikern entdeckten Kinderfreundlichkeit nicht nur um Sonntagsreden handelt; und Tamm wäre bei einem Aussetzen des Gebührenerhöhungsautomatismus sicher nicht pleite gegangen.

SPD für Stärkung des örtlichen Handwerks

In einer gemeinsamen Erklärung des Gemeinde-, Städte-, Landkreis- und Handwerksrates Baden-Württemberg aus dem Jahre 2005 zeigen diese vier Verbände auf, dass viele mittelständische Unternehmen und das Handwerk im Land von einer Angebotsabgabe bei „normaler“ öffentlicher Ausschreibung absehen.

Die Vergabeordnung des Landes Baden-Württemberg regelt, ab welcher Höhe Städte und Gemeinden Aufträge öffentlich ausschreiben und dass immer dem günstigsten Bieter der Zuschlag gegeben werden muss.

Die Ursache für das resignative Verhalten des regionalen Mittelstands und Handwerks liegt nach Auffassung der kommunalen Spitzenverbände darin begründet, dass sie gegen viele nicht aus der Gegend stammenden Billiganbieter keine Chance haben. Wie die Verbände hinweisen, sei dies bei beschränkten Ausschreibungen nicht der Fall. Hier sei oft ein breit gefächertes Wettbewerb von Betrieben aus der Gegend feststellbar.

Die SPD-Gemeinderatsfraktion hat deshalb den Antrag gestellt, die Landesregierung aufzufordern, die Wertgrenzen für die Zulässigkeit beschränkter Ausschreibungen sowie der freihändigen Vergabe deutlich zu erhöhen. Mit der Erhöhung der Wertgrenzen können zukünftig wesentlich mehr Aufträge wieder durch den Mittelstand und das Handwerk des regionalen Umfelds erledigt werden, wie dies früher typischerweise der

Fall war. Das sorgt für Arbeitsplätze und Beschäftigungssteigerung im regionalen Umfeld.

Darüber hinaus können wir nicht tatenlos zusehen, dass Billiganbieter, die nur Hungerlöhne zahlen, dem heimischen, tarifgebundenen Mittelstand und Handwerk die Aufträge wegnehmen. Tariftreue als zwingendes Vergabekriterium schafft faire Wettbewerbsbedingungen und gibt damit auch den heimischen Betrieben eine echte Chance, erfolgreich um öffentliche Aufträge zu konkurrieren. Faire Wettbewerbsbedingungen sind zugleich auch eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass Arbeitsplätze in Baden-Württemberg gesichert und neue geschaffen werden können. Ein weiterer Aspekt, der für regional ansässige Anbieter spricht, ist der bessere Kundendienst nach Fertigstellung.

Die SPD fordert, dass durch eine Tariftreueklausel in öffentlichen Ausschreibungen für faire und anständige Wettbewerbsbedingungen gesorgt wird. Es sollen nur noch solche Bieter zum Zuge kommen, die gewährleisten, dass sie sowie ihre Subunternehmer ihre Beschäftigten gemäß den geltenden Tarifverträgen entlohnen.

In anderen Bundesländern konnten bereits positive Erfahrungen mit der Tariftreueklausel bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen gemacht werden. Die Handwerkskammer Hamburg etwa lobt die Aufnahme der Tariftreueerklärung in das öffentliche Vergabewesen der Freien und Hansestadt Hamburg als „Meilenstein“. Auch im Nachbarland Bayern hat die Staatsregierung ein Tariftreuegesetz eingeführt.

Noachgfragt:



„Bisch Du au so gschbandd, was se als nächstes vors Rodhaus no schtellad? Erscht dr Pisa-Nagel, na dr Deko-Baum – ond jedzd? ...“

Radarfalle am Rathausplatz

Der neue größere Rathausplatz mit den Springbrunnen, Bänken und Bäumen soll als neue Ortsmitte von den Tammern zum Verweilen genutzt werden. Besonders Kinder spielen hier gerne, während die Eltern in den umliegenden Geschäften einkaufen. Auch deshalb wurde hier der Verkehr auf 20 km/h beschränkt. Dies wird leider von vielen Autofahrern nicht beachtet, so dass diese oft mit 40-45 km/h durchfahren. Zudem fallen den meisten Autofahrern die Schilder zur Beschränkung auf 20 km/h nicht auf.

Wir von der SPD wollen dass den Autofahrern die Geschwindigkeitsbeschränkung erkennbarer gemacht wird, z.B. durch eine Bodenwelle oder durch eine offensichtlich erkennbare stationäre Radarfalle. Eine mobile versteckte Radarfalle, welche im Gemeinderat angesprochen wurde, würde bei einer Geschwindigkeitsüberschreitung schnell zu hohen Strafen führen. Eine derartige Abzocke bei den Bürgern lehnen wir ab. Schließlich geht es darum, die Geschwindigkeit in diesem Bereich deutlich zu reduzieren und nicht abzukassieren.

Zur Info: Wer innerorts die Geschwindigkeitsbeschränkung um 21 km/h überschreitet, erhält lt. Bussgeldkatalog eine Strafe von 50 Euro und 1 Punkt, ab 26 km/h 60 Euro und 3 Punkte, ab 31 km/h gibt es 100 Euro und zusätzlich einen Monat Fahrverbot.

Die Jugend

Die Jugend liebt heute den Luxus. Sie hat schlechte Manieren, verachtet die Autorität, hat keinen Respekt mehr vor älteren Leuten und diskutiert, wo sie arbeiten sollte. Die Jugend steht nicht mehr auf, wenn Ältere das Zimmer betreten. Sie widersprechen ihren Eltern und tyrannisieren die Lehrer. (Sokrates, griechischer Philosoph, 470-399 v. Chr.)